

Bremer Behindertenparlament im Rahmen des 18. Bremer Protesttages gegen Diskriminierung behinderter Menschen am 6. Mai 2010

Im Rahmen des Europäischen Protesttages gegen Diskriminierung behinderter Menschen veranstaltete der Arbeitskreis Bremer Protest in diesem Jahr erneut ein Behindertenparlament, das sich schwerpunktmäßig mit dem Thema UN-Behindertenrechtskonvention beschäftigte.

Das Motto des 18. Bremer Protesttages:

Behindertenrechtskonvention in Bremen und Bremerhaven: Umsetzung jetzt!

Der Arbeitskreis Bremer Protest ist ein Bündnis von behinderten und nicht-behinderten Menschen und tagt einmal monatlich. Die Organisation des Protesttages übernahmen traditionell die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen und der Landesverband der Gehörlosen in Zusammenarbeit mit weiteren Verbänden der Behindertenselbsthilfe. Hinzu kamen zahlreiche ehrenamtliche Unterstützerinnen und Unterstützer, die sich erneut und dankenswerterweise in der Vorbereitungs- und Durchführungsphase engagiert einbrachten und so zum Gelingen des Protesttages erheblich beitrugen.

Seit März 2009 ist in Deutschland das „Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ in Kraft getreten. Alle Vertragsstaaten verpflichten sich, Maßnahmen zur Gewährleistung der in der Konvention geregelten Rechte von Menschen mit Behinderung zu ergreifen. Zahlreiche Rechts- und Rege-

lungsbereiche fallen dabei in die Zuständigkeit der Länder. Somit ist auch Bremen in der Pflicht, sich inhaltlich, politisch, gesellschaftlich und rechtlich mit den 50 Artikeln der Konvention auseinanderzusetzen. Den ersten großen Anstoß gaben hierzu am 11. Februar mit einer gemeinsamen Tagung die Lebenshilfe Bremen, der Landesbehindertenbeauftragte und der Arbeitskreis Bremer Protest. Über 100 Menschen mit unterschiedlichen Behinderungsformen folgten im Februar der Einladung in die Bremische Bürgerschaft, um Ziele und Wege zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention zu diskutieren und erste Forderungen an die Landespolitik zu formulieren.

Forderungen, die im Rahmen des Bremer Behindertenparlaments in Beschlussvorschlägen mündeten und am 6. Mai 2010 von den ca. 300 Behindertenparlamentariern intensiv diskutiert und abgestimmt wurden.

Zum 17. Mal trat am 06. Mai 2010 unter der Schirmherrschaft des Landesbehindertenbeauftragten Dr. Joachim Steinbrück, das Bremer Behindertenparlament zusammen. Sein diesjähriger Präsident, Rolf Bauermann (Werkstatt Bremen) begrüßte die zahlreichen Vertreter der Fraktionen behinderter Menschen. Als Beisitzer assistierten dem Präsidenten Ramona Meyer (Werkstatt Bremen) und Manfred Schlie (Elbe-Weser Werkstätten).

Der Einladung zum Behindertenparlament waren auch zahlreiche politische Vertreter der Bürgerschaftsfraktionen

gefolgt. Dazu gehörten der Bausenator Dr. Reinhard Loske (Bündnis 90/Die Grünen) Staatsrat Dr. Joachim Schuster (SPD), Horst Frehe (Bündnis 90/Die Grünen), Karin Garling (SPD) und Margret Großer (FDP).

Christian Weber (Präsident der Bremischen Bürgerschaft) eröffnete das Behindertenparlament mit Grußworten und überreichte die Parlamentsglocke an den Präsidenten des Behindertenparlaments. Weber lobte die langjährige Arbeit der Behindertenparlamentarier und strich dessen Streifreudigkeit als belebendes Instrument in der Bremer Sozial- und Behindertenpolitik heraus.

Deutschland habe die UN-Konvention für die Rechte der Behinderten ratifiziert, betonte anschließend der Landesbehindertenbeauftragte Joachim Steinbrück in seiner Rede als Schirmherr. Auch das Land Bremen sei angehalten, diese völkerrechtliche Verpflichtung umzusetzen.

Im Mittelpunkt der folgenden drei Sitzungsstunden standen die Berichte über die Arbeitsgruppenergebnisse vom 11. Februar 2010 und die im Anschluss erarbeiteten Beschlussvorschläge zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention in Bremen.

Alle Beschlussvorschläge der Fraktionen behinderter Menschen im Überblick:

- **Beschlussvorschlag 17/01:** Grundsatzantrag „*Sofortige Einsetzung eines Ausschusses unter Beteiligung des Bremer Landesbehindertenbeauftragten und der Verbände behinderter Menschen zur Erarbeitung eines Rahmenplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bremen und Bremerhaven*“
- **Beschlussvorschlag 17/02:** Fraktion Keine Vorurteile „*Für eine reale Darstellung behinderter Menschen in den Bremer Medien*“
- **Beschlussvorschlag 17/03:** Fraktion Keine Vorurteile „*Mehr Barrierefreiheit im Alltag für gehörlose Menschen*“
- **Beschlussvorschlag 17/04:** Fraktion Keine Vorurteile „*Mehr Informationen von behinderten Menschen in den Schulen in Bremen und Bremerhaven*“
- **Beschlussvorschlag 17/05:** Fraktion Keine Vorurteile „*Umfassende Einbeziehung der Belange behinderter Menschen in Ausbildung und Beruf*“
- **Beschlussvorschlag 17/06:** Fraktion Blinden- und Sehbehindertenverein „*Alles soll für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein*“
- **Beschlussvorschlag 17/07:** Fraktion Selbstbestimmt Leben Bremen e.V. „*Der Sonder-Stadtteil Friedehorst muss aufgelöst werden*“
- **Beschlussvorschlag 17/08:** Fraktion der Werkstattbeschäftigten „*Gleichbehandlung der Zuverdienste von ALG 2-Empfängern und behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM)*“
- **Beschlussvorschlag 17/09:** Fraktion Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen e.V.: „*Die Teilnahme behinderter Menschen an allgemeinen, öffentlichen Wahlen in Bremen und Bremerhaven muss gewährleistet sein*“
- **Beschlussvorschlag 17/10:** Fraktion Werkstattatrat der Elbe-Weser

Werkstätten Bremerhaven:
*„Einrichtung eines Krisendienstes
in Bremerhaven“*

- **Beschlussvorschlag 17/11:** Fraktion Werkstatttrat der Elbe-Weser Werkstätten Bremerhaven: *„Erstellung eines konkreten Maßnahmenplanes auf der Grundlage des lokalen Teilhabepplanes in Bremerhaven“*
- **Beschlussvorschlag 17/12:** Fraktion Werkstattbeschäftigte in Bremen: *„Aufhebung des Einstellungsstopps für die Werkstatt Bremen“*

Im Rahmen der Abstimmungen stießen alle vorgelegten und diskutierten Beschlussvorschläge auf mehrheitliche Zustimmung des Behindertenparlaments.

Besonders kontrovers diskutiert wurde der Beschlussvorschlag zur Auflösung des Sonder-Stadtteils Friedehorst. Während einige Behindertenparlamentarier und auch Bewohner von Friedehorst sich für den Erhalt aussprachen, da Integration dort gut gelinge, befürworteten andere den Antrag von Selbstbestimmt Leben. So erklärte Dieter Stegmann von der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen, dass Friedehorst Isolation bedeute und Normalität dort nie angekommen sei für alte und behinderte Bewohner. Mit sieben Gegenstimmen und fünf Enthaltungen wurde aber auch dieser Vorschlag angenommen.

Über den Landesbehindertenbeauftragten werden nun die Beschlussvorschläge an die zuständigen senatorischen Stellen weitergeleitet zur weiteren Befassung in den jeweiligen Fachdeputationen.

Die Beschlussvorschläge können in Kopie bezogen werden über die Geschäftsstelle der LAG Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen e.V., Waller Heerstraße 55, 28217 Bremen, Tel.: 0421/ 38 777-14, Fax: 0421/ 38 777-99, Email: info@lags-bremen.de.

Hans-Peter Keck

*Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe
behinderter Menschen Bremen e.V.*